



Ermittlungsausschuss Hannover

Newsletter **02/2019**

*EA Hannover // UJZ Korn
Kornstraße 28 // 30167 Hannover
eahannover.noblogs.org
ea_hannover@riseup.net*

Sprechstunde jeden 1. und 3. Montag im
Monat 19-20 Uhr im UJZ Kornstraße

Inhaltsverzeichnis

Staatsanwaltschaft hält Bullen immer noch für Pisser	1
Prozess im Kontext der Razzia bei NAV-DEM	2
G20-Prozess wegen Protesten an der Elbchaussee	3
Abschiebungen und Widerstand	4
Datenauskunftersuchen - wie weiter?	8
Sprechstunde und Demobegleitung	9

Staatsanwaltschaft hält Bullen immer noch für Pisser

Im September 2018 wurde eine Genossin freigesprochen, der „Beleidigung“ und „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ im Rahmen einer Zwangsräumung vorgeworfen wurde. Videoaufnahmen, die Verteidiger Sven Adam aus einem anderen Fall auftreiben musste, da die Polizei sie unterschlagen hatte, haben gezeigt:

1. Die Beleidigung richtete sich an einen anderen Bullen, als den Anzeigenden. Für den Bullen, der gemeint war, ist es mittlerweile zu spät, um die Genossin anzuzeigen.
2. Die Angeklagte wurde nicht angesprochen und zu irgendwas aufgefordert, sondern unvermittelt von hinten angegriffen. Was auch immer sie gemacht haben könnte, wäre eine Reaktion auf eine nicht rechtmäßige Handlung des Bullen und damit auch nicht strafbar.



Trotzdem gibt es auf Antrag der Staatsanwaltschaft jetzt eine Berufungsverhandlung. Sie argumentiert, dass sich die Beleidigung gegen alle an der Zwangsräumung beteiligten Bullen und damit auch gegen den anzeigenden Bullen richten würde.

Vor 3 ½ Jahren hat ein Großaufgebot von Bullen erst Unterstützer_innen verprügelt und gepfeffert, um dann den Mieter – ebenfalls unter Einsatz von Pfefferspray - gewaltsam aus der eigenen Wohnung zu werfen. Dass jetzt immer noch wegen so einem Quatsch Verfahren geführt werden, ist lächerlich. Nichtsdestotrotz braucht es unsere Solidarität während dem Prozess, bei eventuellen Kosten und vor Allem weitere Aktionen gegen soziale Verdrängung!

**Kommt am Mittwoch, den 27. Februar, um 14 Uhr
zum Landgericht, Volgersweg 65, in Raum 1 H 3**

anonym

Prozess im Kontext der Razzia bei NAV-DEM

Einem Genossen wird vorgeworfen, am Abend des 05.04.2018 bei einer Demonstration auf dem Ernst-August-Platz einen Polizisten beleidigt zu haben.

Die Demonstration fand in Solidarität mit dem kurdischen Verein NAV-DEM statt, dessen Vereinsräume am Königsworther Platz am gleichen Tag durchsucht worden waren. Die Hauptverhandlung über den Einspruch gegen den Strafbefehl wird am

Dienstag, 05.03.2019, um 10 Uhr
im Amtsgericht Hannover, Volgersweg 1
in Saal 3030 (Neubau)

stattfinden. Der Genosse wünscht sich einen transparenten und öffentlichen Prozess und freut sich daher über euren Besuch.

anonym

Hinweis vom EA _____

Bitte bedenkt bei Prozessbesuchen, dass es noch laufende Ermittlungen gegen andere Personen als den in diesem Verfahren Beschuldigten geben könnte.

G20-Prozess wegen Protesten an der Elbchaussee

In Hamburg ist der #NoG20-Schauprozess gegen Halil, Can, zwei weitere aus FFM und Loïc aus Frankreich gestartet. Ihnen werden Proteste an der Elbchaussee vorgeworfen.



Schon im Vorfeld versuchte die Staatsanwaltschaft mit allen Mitteln die Verteidigung zu schwächen und einzuschränken. Am 2. vollen Prozess-tag (10.1.) richtete sie dann einen Angriff auf die Solidaritätsbewegung. Sie beantragte die „Öffentlichkeit“ vom Prozess auszuschließen – neben einigen vorgeschobenen Argumenten benannte die Staatsanwaltschaft vor allen Dingen die Solidaritätsbekundungen aus dem Publikum. Das Gericht hat hier im Sinne der Anklage entschieden. Die Richterin fügte darüber hinaus hinzu, die Solidarität sei „erziehungsschädlich“ u.a. aufgrund der Empfehlung zur Aussageverweigerung durch die Rote Hilfe.

Scheinbar will die Richterin eine bedrohlichere Situation schaffen, in der sie Druck auf die Angeklagten aufbauen kann. So stehen die Angeklagten die weiteren Prozesstage (terminiert ist derzeit bis 10. Mai) alleine vor Gericht. Loïc, Halil und Can sind nun ohne die Chance wenigstens kurz ihre Freund*innen, Familien und solidarische Menschen zu sehen.

Zeigt den Angeklagten, dass sie nicht alleine sind! Schreibt massenhaft Postkarten und Briefe an Can, Loïc und Halil in die U-Haft in Hamburg! Lasst uns die Isolation durchbrechen!

Briefe an Halil und Can leitet der EA Hamburg weiter – Loïc kann direkt geschrieben werden. Adressen unter:

<https://eahh.noblogs.org/post/2019/01/10/schreibt-den-gefangenen/>

**Gemeinsam gegen Repression!
United we stand!**

(Text wurde Mitte Januar veröffentlicht)

Abschiebungen und Widerstand

Bis Anfang Januar saß A. im Abschiebeknast Hannover/Langenhagen. Zuvor und während dieser 3-1/2 Monate hatte er insgesamt dreimal allein seine Abschiebung verhindert. Beispielsweise hatte sein Widerstand im Linienflugzeug einen Piloten dazu veranlasst, mit ihm nicht unter diesen Umständen zu fliegen. Das Innenministerium hatte daraufhin zuletzt etwa 140.000€ dafür aufgewendet, ihn im Charter-Flug mit Bullen und ärztlicher Begleitung nach Côte d'Ivoire abzuschicken.



Nachdem die *Bild* diese Abschiebung als „Luxus“ bezeichnet hat, haben auch andere rechte Medien diese Hetze verbreitet. Gegen diese rassistische Stimmungsmache haben am 8. Februar 100 Menschen bei einer Kundgebung des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit vor der Geschäftsstelle der *Bild* im Volgersweg demonstriert.

Grundsätzlich ist jede Abschiebung rassistisch und gewaltvoll. Der absurd hohe Betrag und Aufwand verdeutlicht jedoch, dass der Staat diese menschenverachtende Praxis um jeden Preis durchsetzen will. Von 140.000€ könnte ein Mensch in Deutschland mindestens 12 Jahre lang leben.

Dabei ist A. kein Einzelfall, sondern Hannover ein zentraler Punkt für Abschiebungen aus Niedersachsen. Allein aus Hannover wurden im Jahr 2018 bis Ende November 157 Menschen abgeschoben – also etwa alle zwei Tage eine Person (*haz*). Der Abschiebeknast in Hannover/Langenhagen liegt direkt am Flughafen und Ende 2018 waren dort etwa 20 Leute eingesperrt. Abschiebehaft beruht dabei nicht, wie andere Haftstrafen, auf Straftaten, sondern allein auf dem Aufenthaltsstatus der inhaftierten Person, der sich ja oft recht willkürlich aus dem Pass ergibt. Abschiebehaft kann in Deutschland für bis zu 18 Monate verhängt werden und

wird derzeit vermehrt als Repressionsinstrument gegen Geflüchtete eingesetzt. Dabei hält der Staat in diesem Bereich auch selten die eigenen Regeln ein: Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet über den Rechtsanwalt Peter Fahlbusch, dass 842 (knapp 50%) seine Mandant_innen in Abschiebungshaftverfahren seit 2001 gemäß rechtskräftiger Entscheidungen zu Unrecht inhaftiert waren – die Summe der unrechtmäßig verhängten Abschiebehaftstrafen ergibt 60 Jahre!

Möglichkeiten von Widerstand

Solidarität und gegenseitige Unterstützung beginnen im Idealfall natürlich lange bevor eine Abschiebung droht und verhindern sie von vornherein: Juristische Beratung und Unterstützung sowie praktische Hilfe bei Behördengängen und Anträgen können viel verändern.

Das Beispiel von A. zeigt aber, dass selbst im letzten Moment im Linienflugzeug Widerstand möglich ist und wirksam sein kann. Wenn Passagier_innen oder Pilot_innen sich weigern, sich hinzusetzen bzw. los zu fliegen, können Abschiebungen verhindert werden, denn unter diesen Umständen kann der Flug nicht starten.

Aber auch organisierte Formen des Widerstandes sind möglich: Am Londoner Flughafen haben die „Stansted 15“ es im März 2017 geschafft, die Sammelabschiebung von 53 Menschen zu verhindern, indem sie sich teils an eine Pyramide aus Stahlrohren vor einem Flügel und teils an ein Rad des Flugzeugs gekettet haben. Ihnen drohen jetzt lange Haftstrafen, weil auf sie Anti-Terror-Gesetze gegen die „Gefährdung eines Flughafens und seiner Nutzer“ angewandt werden sollen (*Antifaschistisches Infoblatt*). Sie wurden im Dezember bereits verurteilt und haben im Februar eine Anhörung, in der das genaue Ausmaß der Strafe festgelegt werden soll. (*The Intercept*)



Bei Abschiebungen, die nicht aus der Abschiebehafte heraus passieren, gibt es natürlich noch mehr Wege, sie zu verhindern. Eine Zeit lang wurden in Niedersachsen regelmäßig vorher angekündigte Abschiebungen blockiert und verhindert. Darauf hat der Staat mit verschiedensten Maßnahmen reagiert: Abschiebungen werden meist nicht mehr angekündigt, um die Möglichkeit zu nehmen, sich darauf vorzubereiten. Menschen werden frühzeitig in Abschiebehafte genommen, um sie von ihrem sozialen Umfeld zu isolieren. Außerdem werden Abschiebungen per Charter-Flug durchgeführt, um sie vor der Gesellschaft unsichtbar zu machen und ein Eingreifen zu verhindern.

Ein neuer Gesetzesentwurf aus dem Innenministerium sieht nun vor, sogar das Öffentlichmachen von Abschiebungsterminen strafbar zu machen und Geflüchtete mit noch mehr Sanktionen als bisher zu einer Mitwirkung bei der Beantragung eines Passes zu zwingen (*taz*). Bisher verhinderte ein fehlender Pass oft Abschiebungen zumindest für eine Weile.



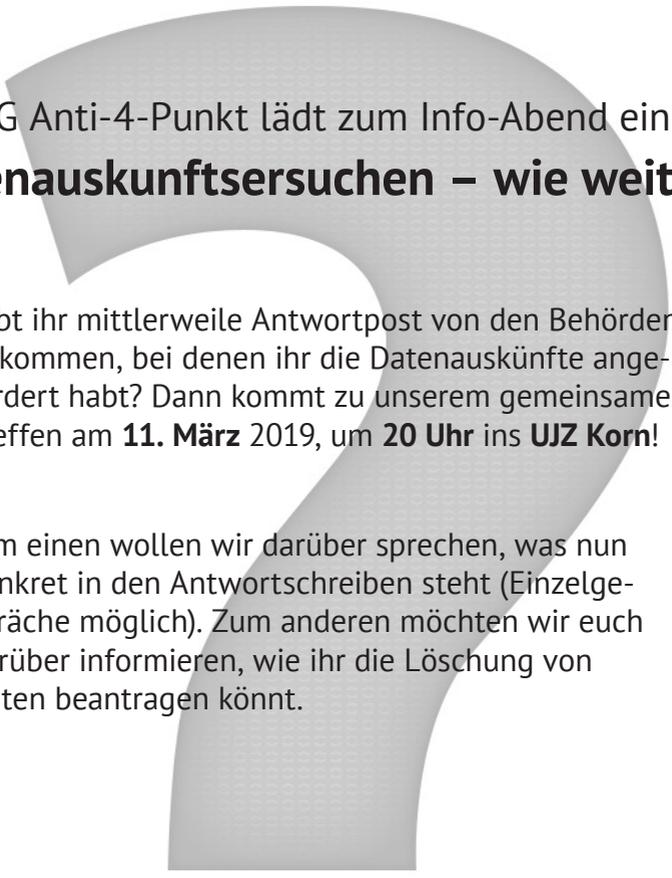
NO BORDERS NO NATIONS
STOP DEPORTATIONS

Hier stellt sich die Frage, wie sich die die Grundsituation verändern lässt. Es gibt viel zu viele Fälle, in denen weder Widerstand noch Solidarität geleistet wird, oder es trotzdem dadurch nicht gelingt, die Abschiebung zu verhindern.

Jede Abschiebung ist eine zu viel! Daher sollten wir das Ziel, rassistische Asylgesetze abzuschaffen oder ihre Umsetzung zu verhindern – also ein Bleiberecht für Alle - nicht aus den Augen verlieren.

- Wie können wir uns dafür besser vernetzen und unterstützen?
- Wie können wir mehr Verbindungen zwischen „Einzelfällen“ und gesamtgesellschaftlicher Kritik schaffen?
- Wie wird es möglich, Abschiebung als Teil einer Analyse zu verstehen, bei der verschiedene Formen von Rassismus nicht gegeneinander ausgespielt werden?
- Was könnten wirksame Angriffspunkte und Angriffe sein?

anonym



Die AG Anti-4-Punkt lädt zum Info-Abend ein:
„Datenauskunftersuchen – wie weiter?“

Habt ihr mittlerweile Antwortpost von den Behörden bekommen, bei denen ihr die Datenauskünfte angefordert habt? Dann kommt zu unserem gemeinsamen Treffen am **11. März** 2019, um **20 Uhr** ins **UJZ Korn!**

Zum einen wollen wir darüber sprechen, was nun konkret in den Antwortschreiben steht (Einzelgespräche möglich). Zum anderen möchten wir euch darüber informieren, wie ihr die Löschung von Daten beantragen könnt.

WER
WEISS
WAS

*AG Anti-4-Punkt
[Korn Plenum, Rote Hilfe & EA]*

Sprechstunde und Demobegleitung

Wenn ihr aufgrund eures politischen Engagements von staatlicher Repression betroffen seid oder Unterstützung bei der Antirepressionsarbeit vor, während oder nach einer politischen Aktion benötigt, könnt ihr uns jeden 1. und 3. Montag im Monat im Infoladen des UJZ Kornstraße finden. Zwischen 19 und 20 Uhr sind wir dort ansprechbar.

Auch wenn ihr keine Fragen und/ oder Beratungsbedarf habt, ist hier ein guter Ort für Austausch und Vernetzung. Repressionserfahrungen von Aktivist*innen und Gruppen können hier im Kontext von Repressionstendenzen innerhalb linker Bewegung betrachtet werden, um sie so Sache aller und nicht Einzelner werden zu lassen. Außerdem kann hier ein Wissensaustausch stattfinden.

Eure Erfahrungen mit Anwäl*tinnen sind wichtig für unsere Arbeit. Nur so können wir weiterhin gute Anwäl*tinnen vermitteln und weiterempfehlen. Deshalb möchten wir euch einladen vorbeizukommen und eure Erfahrungen mit uns zu teilen.

**Jeden 1. und 3. Montag im Monat zwischen
19 und 20 Uhr im UJZ Kornstraße!**



„Pisser“-Prozess

27.02. um 14 Uhr

Landgericht Hannover
Volgersweg 65
Raum 1 H 3

Prozess im Kontext der Razzia bei NAV-DEM

05.03. um 10 Uhr

Amtsgericht Hannover
Volgersweg 1
Saal 3030 (Neubau)

Treffen zu Auskunftersuchen

11.03. um 20 Uhr

UJZ Korn
Kornstraße 28

Sprechstunde

Ermittlungsausschuss

1. + 3. Montag, 19-20 Uhr

Sprechstunde Rote Hilfe

1. Sonntag, 16 Uhr
2. Montag, 19 Uhr

*Die Sprechstunden finden
im UJZ Kornstraße statt.*
